



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/49 - 28.2.1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum deutschen Wehrbeitrag	S. 1
Die französische Krise	S. 3
Der Tod von Bonn	S. 4
Adenauer im Urteil McCloy's	S. 5

## Unser Nein -

Fragen des deutschen Verteidigungsbeitrages in Einzeldarstellungen

Von Fritz Erler, MdB

### I. Der Vorrang der Politik

1945 rüstete der Westen ab, Rußland tat es nicht. Die Spannungen wuchsen. Die Machtausdehnung der Russen in Europa und vor allem der Koreakonflikt lösten die westliche Aufrüstung aus. Wie lange soll sie weitergehen? Ihr angebliches Ziel ist, Verhandlungen mit den Russen auf der Basis der gleichen Stärke zu ermöglichen. Es hat noch nie Generäle gegeben, die ihre eigene Armee für ausreichend stark hielten. Der Appetit der Heerführer auf beiden Seiten kann nie befriedigt werden. Wenn es nach ihnen ginge, würde der Rüstungswettlauf ins Ungemessene weitergehen und eines Tages zwangsläufig zur Explosion führen.

Natürlich kann der Westen nicht allein abrüsten. Die Russen müssen Farbe bekennen. Der Stärkegewinn des Westens läßt aber, wie das Einlenken der Russen in der Abrüstungsfrage vor der UN gezeigt hat, den jetzigen Zeitpunkt für ein Gespräch auf höchster Ebene zur Beseitigung der weitpolitischen Spannungen für gegeben erscheinen.

Man kann das Rüsten übertreiben. Der Anteil des Rüstungsaufwandes am Sozialprodukt kann so viel verschlingen, daß die innere Front in der westlichen Welt an Sicherheit mehr verliert,

als die äußere Front an scheinbarer militärischer Sicherheit schafft. Gewiß schreckt allein ein hoher Lebensstandard, wenn er nicht auch mit militärischer Stärke gepaart ist, eine bewaffnete Aggression nicht ab. Aber eine durch übermäßige Rüstungsanstrengungen zerrüttete soziale Ordnung macht für die Kommunisten die militärische Aggression überflüssig. Sie spekulieren ja gerade darauf, daß die westliche Welt durch ein Übermaß an Rüstung das soziale Fundament zerstört, das es doch eigentlich zu verteidigen gilt. China ist kommunistisch geworden, Indonesien ist für Europa verloren, in Hinterindien, in Indochina tobt der Krieg, der Nahe Osten und Nordafrika werden von schweren politischen Krisen geschüttelt. In Indien sind die Kommunisten bei den Wahlen die zweitstärkste Partei geworden. Halbe Kontinente mit hunderten von Millionen Menschen geraten ohne militärische Kampfhandlung in den Gefolgschaftsbereich der sowjetischen Politik, während der Westen wie gebannt auf die Zahl der russischen Divisionen starrt und glaubt, durch Vermehrung allein seiner Divisionen das Schicksal wenden zu können.

Natürlich braucht er welche, aber er ist ja auch nicht unbewaffnet. Die Sozialdemokratie befindet sich mit ihren Forderungen in bester Gesellschaft. Der englische Arbeiterführer Bevan hat für viele Sozialisten in der ganzen Welt gesprochen, als er die Verwendung auch nur eines bescheidenen Teiles der Heereshaushalte für die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder und die Hebung des Lebensstandards forderte, um dort die Kommunisten politisch zu schlagen. Wenn Präsident Truman in seiner Haushaltsbotschaft vor einer Überforderung Europas auf dem Gebiet der Rüstungen warnte und der Atlantikrat in Lissabon das Rüstungstempo ausdrücklich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Konsequenzen verlangsamt, dann sind das Erfolge, die ohne die klare Haltung der internationalen Sozialisten und der deutschen Sozialdemokratie nicht erreicht worden wären.

Für Deutschland bedeutet unser Gedankengang konkret: So lange nicht Gewißheit darüber besteht, daß Flüchtlings- und Berlinhilfe und der größte Teil der Leistungen für die Kriegsoffer als Verteidigungsaufwand anerkannt werden, hat der Westen nicht bewiesen, daß er die Bedeutung der sozialen Frage für die Verteidigung erkannt hat. Der von den "Drei Weisen" geforderte deutsche Verteidigungsbeitrag von 11,25 Mrd. berücksichtigt diese Probleme, wenn er sie auch erwähnt, bei weitem nicht in ausreichender Weise. Unter den jetzigen Voraussetzungen würde ein deutscher Verteidigungsbeitrag nur den Rüstungswettlauf verstärken und die soziale Grundlage zerstören helfen.

Wir leben im kalten Kriege. Wie Erich Ollenhauer im Bundestag sagte, muß jetzt erst einmal der kalte Krieg gewonnen werden. Dann wird es nämlich gar keinen heißen Krieg geben.

Frankreich sucht einen Ausweg

A.F.-Paris, Ende Februar

Die Regierung Faure ist verurteilt, selbst wenn sie die ungewöhnlich schwierige Finanzdebatte, die zur Zeit im Gange ist, überlebt. Den Hintergrund der französischen Krise bildet die chronische Inflation und, politisch gesehen, die immer weiter verbreitete Überzeugung der Aussichtslosigkeit der augenblicklichen Entwicklung und Taktik.

Die Inflation ist ihrerseits das Ergebnis einer Vertrauenskrise. Man spricht von Kapitalmangel und Devisenknappheit, von der Notwendigkeit neuer Steuern, um selbst für produktive Investitionen das fehlende Anleihekaptal zu ersetzen. Gleichzeitig weiß man aber, daß fast unvorstellbare Beträge in Form von Gold, Devisen und französischen Banknoten völlig steril gehortet werden und es lediglich eines Zauberstabes bedürfte, um einen befruchtenden Kapitalfluß in Gang zu bringen. Für den Umfang der Kapitalhortung ist man auf völlig unsichere Schätzungen angewiesen. Nach neuesten Berechnungen soll es sich um nicht weniger als 6000 Mrd. ffrs handeln, d.h. um über 15 Mrd. Dollar. Und auf der anderen Seite stürzen Regierungen und droht der Wirtschaft wahre Erstickung, weil 500 Mio. Dollar in Gold und Devisen fehlen und 300 bis 400 Mrd. ffrs für kurzfristig rentable Investitionen. Frankreich ist weder ein armes, noch ein tatsächlich notleidendes Land. Es leidet unter seinen eigenen Widersprüchen und auch unter dem mangelnden Gemeinschaftsbewußtsein seiner Bevölkerung.

Einst waren es die berüchtigten 200 Familien, die die Geldbörse des Landes und des Staates in der Hand hatten und durch finanzielle Manipulationen ihnen unliebsame Regierungen beseitigten. Verstaatlichung der Banken, der Elektrizitätswerke und der Kohlengruben verringerte offensichtlich den Einfluß dieser 200 Familien. Der zweite Weltkrieg brachte seinerseits mit Spekulations- und Schwarzmarktgeschäften eine weitere Demokratisierung des Kapitals. Frankreich steht nunmehr einer Diktatur der reichen Mittelschicht gegenüber, die sich von Bauern über Händler bis zu Industriellen ausdehnt.

Solange sie nicht an die Stabilität der Währung glaubt, solange sie den Staat im Stenereinnahmen verkörpert sieht, solange sie schließlich nicht das Gefühl hat, tatsächlich an der Regierung führend beteiligt zu sein, wird sie zu Lasten der Arbeiterklasse und zum großen Schaden des Landes weiteres Hartungskapital steril anhäufen und die Ausweglosigkeit der französischen Politik ins Grenzenlose steigern.

Das politische Sprachrohr dieser wirtschaftlich entscheidenden Schicht sind zur Zeit Konservative und Gaußisten. Sie fordern die Bildung einer neuen Regierungsmehrheit und versichern, dieser Umschwung würde genügen, um die augenblickliche Vertrauenskrise schrittweise zu überwinden. Der Preis hierfür wäre allerdings die weitere Verbitterung der Arbeiterklasse und die Gefährdung der sozialen Reformen. Vom Tagesgeschehen losgelöste Beobachter halten übrigens die Wiederherstellung eines klaren Pendelschlages zwischen links und rechts für die unentbehrliche Voraussetzung eines sinnvollen Arbeitens des französischen Parlamentarismus. Das Gleichgewicht könne nach einer konservativen Rechtsregierung in der nächsten Etappe durch eine auf die Linke gestützte Koalition geschaffen werden. Ob diese Spekulationen, die sich im wesentlichen auf die Erfahrungen der Vergangenheit stützen, in der nach neuen Gesetzen lebenden Gegenwart noch berechtigt sind, muß allerdings angezweifelt werden.

+ + +

#### Der Tod von Bonn

P.R. Seit dem Zusammentritt des Bundestages, also während rund zweieinhalb Jahren, sind 19 Abgeordnete gestorben - fast durchweg in einem Alter, das man als das der besten Jahre bezeichnet. Allein die SPD. hatte den Tod von acht Angehörigen ihrer Fraktion zu beklagen, wovon drei wenige Jahre vor 1900 und fünf nach 1900 geboren waren. Von den Mitgliedern der CDU und FDP sind je drei gestorben, Bayernpartei und Zentrum verloren je zwei Abgeordnete, die DP einen. Altersmäßig liegen die Verhältnisse bei allen diesen Parteien ähnlich wie bei der SPD. Die Ursache war in den meisten Fällen eine Herzerkrankung. Die Verlustliste beträgt fast fünf Prozent der Gesamtzahl der Abgeordneten - eine erschreckende Bilanz.

Man hört zur Erklärung vielfach den Hinweis auf das ungünstige

Bonner Klima mit seinen drückenden feuchtwarmen Sommern, das sich so besonders nachteilig für alle diejenigen auswirkt, die nicht von Jugend auf hier leben, erst spät in diese Treibhausecke kamen und in ihr leben müssen, oft im ständigen Wechsel mit der gewohnten härteren Luft, was für viele Naturen zusätzlich anstrengend und gesundheits-schädlich ist.

Aber diese Erklärung genügt natürlich nicht, sie muß durch eine andere ergänzt werden, die dem Kern der Sache viel näher kommt. Die eigentliche Ursache liegt in der Überbeanspruchung eines bestimmten Kreises von Abgeordneten, vor allem derjenigen, die in der Plenar- und Ausschusarbeit und durch übermäßige Aktivität auch in ihrer sonstigen politischen Tätigkeit in den ersten Reihen ihrer Freunde stehen. "Übermäßige Aktivität" - kann es die angesichts der sich geradezu aufdrängenden Fülle von Aufgaben - deren es ja in Bonn sehr viel mehr gibt, als in den meisten anderen Parlamenten, weil hier neu aufgebaut werden muß - kann es eine solche übermäßige Aktivität geben? Sollte nicht jeder wirklich das Letzte aus sich herausholen? Man kann in diesem Punkt verschiedener Meinung sein, an das altruistische "sich im Dienste des Vaterlandes verzehren" denken, aber auch von der Einsicht ausgehen, daß es vernünftiger sei, sich zu erhalten, als sich überschnell zu verbrauchen. Denn, von der Rücksicht auf die Familie und sich selbst einmal abgesehen, ist das Reservoir an Menschen, auf die man in Deutschland für solche Aufgaben zurückgreifen könnte, durchaus nicht unerschöpflich.

Vielleicht ist die erschreckend hohe Sterblichkeitsziffer bei den Abgeordneten des Bundestages aber auch für viele draußen im Lande eine kleine Mahnung, nicht allzu leichtfertig mit ebenso beliebten, wie ungerecht-abfälligen Urteilen über die Tätigkeit der Abgeordneten umzugehen. Wer die Dinge aus der Nähe sieht, macht immer wieder die Erfahrung, daß die Mehrzahl dieser Abgeordneten, die ja fast alle noch einen anstrengenden Beruf irgendwie mit ausfüllen müssen, bis an den Rand der menschlichen Leistungsfähigkeit beansprucht ist. Das ist der Fall, auch wenn man das dort nicht wahrhaben will, wo man aus naheliegenden politischen Gründen Wert darauf legt, die demokratischen Institutionen und ihre Träger in den Augen der Bevölkerung herabzusetzen.

McCloy -- Lob für Adenauer

(sp) Der amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland, John J. McCloy, hat seinen neunten Vierteljahresbericht veröffentlicht. Bisher wurde nur ein Auszug bekannt, der wirtschafts- oder sozialpolitische Vorgänge in der Bundesrepublik unerwähnt läßt.

McCloy macht eine offenkundige Anstrengung, die Verdienste der Bundesregierung allgemein und die des Bundeskanzlers im besonderen herauszustreichen. Dr. Adenauer habe noch mehr an Ansehen gewonnen, und es sei bemerkenswert, daß er nicht als Anwalt für deutsche Interessen, sondern als ein europäischer Staatsmann besonderen Eindruck machte.

Es ist gewiß keine Schande, von den Alliierten gelobt zu werden. Aber in absehbarer Zeit werden die Wähler in der Bundesrepublik genau zu prüfen haben, ob die Interessen, die dem Bundeskanzler solches Ansehen bei den Regierungen anderer Länder eingebracht haben, mit denen des deutschen Volkes tatsächlich übereinstimmen. Wir wagen das zu verneinen.

Daß der US-Hochkommissar ausgerechnet eine Lanze für die "auf dem Boden der Demokratie stehende deutsche Diplomatie" brach, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß wir einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß haben, der die Rolle der deutschen Diplomatie unter die Lupe nehmen soll. Solange wir in der personellen Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes praktisch eine Kontinuität der in der Wilhelmstraße groß gewordenen Diplomatie erleben, besteht nach unsrer Auffassung jeder Anlaß zu äußerster Vorsicht. Dem werden wir uns auch nicht dann entziehen können, wenn die Amerikaner aus ihren Erwägungen heraus sich mit dieser Diplomatie sehr zufrieden zeigen.

Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands betont McCloy, daß die volle Partnerschaft Westdeutschlands "sich als das wirksamste Mittel für eine friedliche Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage erweisen wird". Während man noch vor einigen Monaten die Koppelung des deutschen Beitritts zur Europa-Armee mit dem Generalvertrag propagierte, ist es heute schon klar ersichtlich, daß selbst davon nicht mehr die Rede sein kann. Erst wenn die Bundesregierung dem Europa-Armee-Projekt zugestimmt hat, werden der Bundesrepublik einige weitere Souveränitätsrechte im Generalvertrag zugebilligt werden. Wir glauben, daß diese Verschiebung der Reihenfolge ein noch deutlicheres Hindernis für die Wiedervereinigung bedeutet.

Es besteht für uns keine Veranlassung, amerikanischen Politikern vorzuwerfen, daß sie amerikanische Politik betreiben. Die Bundesregierung sollte sich aber bemühen, sich ausschließlich von deutschen Interessen leiten zu lassen, die keineswegs in Widerspruch zu europäischer und internationaler Gesinnung zu stehen brauchen.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau